



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21531 - 33
Fernschreiber 0886090

P/XIV/232 - 13. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Etzels Sorgen Von H.G. Ritzel, MdB	92
3 - 4	Die Bedeutung des britischen Wahlausganges Von unserem britischen Korrespondenten in London	69
5 - 6	Das Ziel - Stabile Demokratie Gefahren der Radikalisierung	54
7 - 8	Minister-Hausbau und politische Moral Merkwürdigkeiten in Schleswig-Holstein	58

* * *
* * *

Etzels Sorgen

Von H.G. Ritzel, MdB

Obwohl sich die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik unverändert im Zeichen starker konjunktureller Auftriebskräfte oben hält und teilweise weiter nach oben bewegt, obwohl die Steuereinnahmen entsprechend der Steigerung des Bruttosozialprodukts wesentlich höhere Erträge erbringen, als sie im Haushalt des Rechnungsjahres 1959 erwartet wurden, sind die Sorgen des Bundesfinanzministers nicht geringer geworden. Wir sprechen hier noch nicht von den Sorgen, die Herrn Etzel angesichts der Mehrforderungen befallen mussten, die bei Vorlage der ersten Unterlagen für den nächstjährigen Haushalt in Erscheinung traten. Wir sprechen von den Sorgen, die der jetzt geltende Haushalt des Rechnungsjahres 1959 verursacht. Für ihn gilt, was der auch bei uns bestens bekannte hervorragende amerikanische Publizist Walter Lippmann vor kurzem sagte:

"Wir haben Kanonen, und wir haben Butter. Aber wir erreichen das, indem wir bei unseren öffentlichen Einrichtungen sparen, angefangen bei unseren Schulen und Krankenhäusern und weiter bei unseren Eisenbahnen und Flughäfen und der Entwicklung unserer Städte."

Ja, wir haben Kanonen und haben uns zu noch mehr verpflichtet. Dem Verteidigungsministerium stehen in diesem Jahre rund acht Milliarden zur Verausgabung zur Verfügung, aber die Versuchung, diese ungeheuren Mittel unter allen Umständen auszugeben, ist gar gross, obwohl in den ersten fünf Monaten dieses Jahres insgesamt nur 2,7 Milliarden für Verteidigungszwecke benötigt wurden. In Bezug auf den "Rest"-Betrag von 5,3 Milliarden befiehlt nicht Herr Etzel, sondern Herr Strauss. Und das dürfte gerade eine der Sorgen des Bundesfinanzministers sein.

Wir haben seit Jahren begonnen, bei gewissen öffentlichen Einrichtungen gründlich zu sparen, nicht bei allen, nur bei einigen: bei unseren Schulen und bei unseren Krankenhäusern! Der Bund, der jetzt beispielsweise in dem Rundfunkstreit keine föderalistischen Hemmungen zeigt, hat gegenüber den sozialdemokratischen Anträgen auf Bereitstellung von Mitteln für Schulen und Krankenhäuser die kalte Achsel gezeigt und auf die grundgesetzliche Kompetenz der Länder hingewiesen ... Damit sind aber die Sorgen der Gemeinden und der Länder um Krankenhäuser und Schulen nicht aus der Welt geschafft und diese Sorgen kommen auf den Bundesfinanzminister in anderer Form wieder zu.

Im Haushalt 1959 stehen für Kriegsopferversorgung 3,32 Milliarden zur Verfügung. Der Betrag ist geringer als im Vorjahr, weil die Empfängerzahl einen natürlichen Rückgang aufweist (Sterbefälle und

Erreichen der Altersgrenze bei Kriegswaisen). Der Finanzminister hat sich geweigert, den eingesparten Betrag für die notwendige Erhöhung der Kriegsoffiziersrenten im Etat bereitzustellen. Nun ist die Erhöhung der Kriegsoffiziersrenten unvermeidlich geworden. Minister Etzel erklärt sich bis jetzt lediglich imstande, bis zu 550 Millionen DM für die Verbesserung hauptsächlich der Ausgleichsrenten aufzubringen. Aber schon der Antrag der CDU-Abgeordneten Frau Probat erfordert mehr als eine Milliarde, der Antrag der SPD, der vor allem eine Erhöhung der Grundrenten verlangt, kostet 1,66 Milliarden DM.

Der Finanzminister erklärt dazu, derartige Leistungen könnten ohne Steuererhöhung nicht finanziert werden. Der Minister muss schon eine dem Parlament und der Öffentlichkeit noch nicht bekannte Sorge mit sich herumtragen, denn ihm ist doch bekannt, dass nicht nur im Verteidigungshaushalt erhebliche Einsparungen möglich sind, sondern dass der Bundesanteil an den unerwartet hohen Steuereingängen etwa 900 Millionen DM, vielleicht auch noch mehr betragen wird. Es muss in diesem Zusammenhang einmal sehr deutlich daran erinnert werden, dass die Feststellungen des Sozialberichts der Bundesregierung für 1959 nicht nur für die Anpassung der allgemeinen Sozialrenten gilt, sondern auch für die Schaffenden aller Schichten und für die Ausgleichsrenten in der Kriegsoffiziersversorgung. In dem Sozialbericht 1959 sagt die Bundesregierung selbst:

"Die Sicherung des Lebensabends dieser Menschen (gemeint sind die Sozialrentner) muss durch Umschichtung des Sozialprodukts zwischen den Generationen ohne Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und ohne untragbare Minderung des Lebensstandards der Schaffenden erreicht werden ..."

Diese Minderung des Lebensstandards der Schaffenden kann nur durch Vermeidung neuer Steuern gesichert werden. Bundesfinanzminister Etzel hat sich wiederholt und sehr entschieden gegen neue Steuern ausgesprochen. Das war einmal. Jetzt stehen zur Debatte die Erhöhung der Mineralölsteuer und der den Ländern für den Strassenbau zufließenden Kraftfahrzeugsteuer, jetzt will der Bundesfinanzminister Mehrkosten für die Kriegsoffiziersversorgung nur mitmachen, wenn diese Erhöhung über eine Erhöhung der Verbrauchssteuern finanziert wird, jetzt droht infolge der Versäumnisse der Bundesregierung, die zur Kohlenkrise führten, eine Heizölsteuer, man spricht von einer Baulandsteuer und anderem. Trotz Mehreinnahmen wachsen die Sorgen des Finanzministers und die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes tritt auch ohne ausserplanmässige Ausgaben immer mehr in den Vordergrund.

Die Lage könnte anders sein, wenn die wiederholten Vorschläge der Sozialdemokraten beachtet worden wären. Die SPD hat sich schon früh gegen die grosszügige Ausgabewirtschaft des damaligen Verteidigungsministers Blank gewandt, sie hat wirksame Einsparungen auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung gefordert, sie verlangte Sparmassnahmen im Bundespaaschkontrolldienst, in Bezug auf die Verkehrsständerkartei, besonders dringlich aber hinsichtlich der Ausgabewirtschaft im Rahmen der Geheimfonds. Die Mahnungen verhallen ungehört, die Sorgen wurden grösser. Sie werden weiter wachsen

Die Bedeutung des britischer Wahlausganges

E.A., London

Die Labourparty hat bei den Wahlen einen empfindlichen Rückschlag erlitten, aber durchaus nicht katastrophal abgeschnitten. Sie hat im Vergleich zu den Wahlen 1955 200 000 Stimmen verloren, die Konservativen haben 420 000 Stimmen, die Liberalen aber 900 000 Stimmen gewonnen. Der Stimmenanteil der Konservativen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen war haargenau derselbe wie bei den Vorwahlen, trotzdem haben sie 23 Sitze gewonnen, die von Labour, dessen Stimmenanteil um fast drei Prozent geringer war, verloren wurden. Die Eigenartigkeit des britischen Wahlsystems bringt es mit sich, daß die Liberalen mit mehr als verdoppelter Stimmenzahl mit genau derselben Mandatenzahl - sechs - in das Unterhaus zurückkehren, während die Konservativen mit gleichem Stimmenanteil (49,4 Prozent) eine Mehrheit von 100 Mandaten über Liberale und Labour besitzen. Wenn man sich diese Stimmenverhältnisse vergegenwärtigt, so kann von einem Landrutsch keine Rede sein.

Woran sind die sozialistischen Hoffnungen auf einen Wahlsieg gescheitert? Nicht an der Organisation, sie war gut, nicht an dem fehlenden Kampfesifer innerhalb der Labourparty, die Wahlhelfer haben mit wahren Enthusiasmus gearbeitet. Auch nicht an den Losungen, welche die Labourpolitik zusammenfaßten, sie waren, wie Gaitskell erklärte, richtig, nur hat die Partei die Wählerschaft nicht von ihrer Richtigkeit überzeugen können. Woran aber lag das? Es ist zwar richtig, daß die Konservativen die Wähler in den sechs vorhergehenden Monaten mit geradezu phantastischen Summen - Morgan Phillips schätzte sie auf über 35 Millionen DMark - vorbereitet hatten, dem Labour nichts Gleichartiges entgegensetzen konnte.

Aber das ist nur eine Seitenlinie. Der tiefste Grund liegt daran, daß es sich um Wahlen in normalen Zeiten handelte, bei denen der Bevölkerung keine brennenden Probleme auf der Seele und dem Magen brannten. Großbritannien ist im Grunde ein traditionell fühlendes und tiefkonservatives Land, es ist nur natürlich, daß dieser Grundstimmung entsprechend es in gewöhnlichen Zeiten von Konservativen regiert wird.

In unserem Jahrhundert sind nur zweimal andere Parteien wie die Konservativen mit arbeitsfähiger Mehrheit in Großbritannien gewählt worden, das erste Mal 1906, als die Liberalen siegten und ein brennend notwendiges soziales Reformwerk in Angriff nahmen, das zweite Mal 1945, als Labour überwältigend siegte, den Wohlfahrtsstaat errichtete und den Anfang einer auf Gemeineigentum gestützten Planwirtschaft machte. 1906 und 1945 werden Marksteine in der Geschichte Englands bleiben, es ist aber törichtes Geschwätz, den Wahlen 1959 so etwas wie historische Bedeutung beizumessen und von einem Cannes der Labourparty und dem Ende des Sozialismus in England zu reden. Nur in einer Hinsicht könnten die gerade vergangenen Wahlen eine geschichtliche Bedeutung erhalten. Wenn nämlich die Völker Afrikas den Sieg der Konservativen als das Ende ihrer Hoffnungen auffassen werden, was sehr nahe liegt, und infolgedessen den Weg einer friedlichen Entwicklung für dauernd gesperrt ansehen, dann kann eine unvermeidliche Explosion eine Geschichtstragödie werden, welche ein Laboursieg vermieden hätte.

Diese Wahlen bedeuten die Fortsetzung der mit dem konservativen Wahlsieg von 1951 eingeleiteten Entwicklung. Um sie in vernünftigen Bahnen zu halten, hatte das zurückhaltende Organ der Gesellschaftshierarchie, wie die "Times" es ist, einen konservativen Wahlsieg mit einer verminderten Mehrheit als das bestmögliche Resultat der Wahlen empfohlen. Trotz der verhältnismäßig starken Mehrheit im Unterhaus aber dürfte Macmillan sich hüten, an den Grundlagen des Wohlfahrtsstaates und auch an dem bestehenden System der Gemischtwirtschaft - Privatwirtschaft gemildert durch rund 25 Prozent Gemeinwirtschaft-etwas zu ändern. Er schreibt sich gern die Rolle des großen Vermittlers zu, als Vermittler zwischen Reich und Arm in Großbritannien und als Vermittler zwischen Ost und West auf internationalem Gebiete. Gestützt auf seine durch das Wahlergebnis gestützte Autorität innerhalb der Toryparty wird er dafür sorgen, daß die tiefblauen Rechtskonservativen und die hellblauen Jungkonservativen sich auf einem gemäßigten Mittelweg zusammenfinden.

Insofern haben also die Wahlen vom 9. Oktober keine neue Ära in Großbritannien eingeleitet, sondern nur die Kontinuität der bisherigen Politik bestätigt, wie das in einem grundkonservativen Lande, in dem die Volksstimmung nur bei den dringendsten Anlässen nach links ausschlägt, durchaus natürlich ist. Die Labourparty braucht deshalb nicht bedrückt zu sein und kann mit ungebrochenem Enthusiasmus dem nächsten Wahlgang entgegengehen.

Das Ziel- Stabile Demokratie

Zwei Mitglieder der gegenwärtig antierenden Landesregierung von Nordrhein-Westfalen haben sich in jüngster Zeit in geradezu alarmierender Weise mit einem Problem befaßt, dessen baldige Lösung für den Bestand unseres demokratischen Staatswesens unumgänglich ist. Finanzminister Dr. Artur Sträter sagte in einer von der Landespressestelle verbreiteten Rede:

"Wenn eine beregte Presse, uneinsichtige politische Kritiker, Dummheit oder Überheblichkeit der heutigen Schule und ihren Lehrern den Vorwurf machen, sie versage in der Bewältigung der Vergangenheit, dann müssen wir schlicht zugeben: Das Phänomen der Diktatur des Dritten Reiches entzieht sich noch weitgehend objektiv ausreichender Beurteilung, und die heutige Lehrergeneration ist überfordert, wenn man von ihr eine im Geschichtssinne objektive Darstellung fordert".

Innenminister Josef Hermann Dufhues warnte auf einer Pressekonferenz die Bundesregierung mit allem Nachdruck vor einer weiteren Verzögerung ausreichender Maßnahmen zur Beseitigung der Kohlenkrise und ihrer Folgen mit der Begründung, daß betroffene Bergarbeiter auf die Dauer dem Trommelfeuer kommunistischer Agitation erliegen könnten. Diese in ihrem Kern so sehr verschiedenen Äußerungen beider Minister haben eines gemeinsam: sie zeigen, auf welchen schwachen Füßen im Grunde unser demokratisches Staatswesen steht. Mit dem Nationalsozialismus - also dem Radikalismus von rechts, wie er sich heute in immer stärker werdendem Ausmaß zeigt - sind wir nach Dr. Sträters Meinung geistig noch nicht fertig geworden. Die Entwicklung des Radikalismus von links hängt nach den Worten von Minister Dufhues zumindest weitgehend von der wirtschaftlichen Konjunktur, vom Lebensstandard der Arbeitnehmer ab.

Sowohl aus der Vergangenheit als auch aus der Zukunft drohen der Bundesrepublik also Gefahren der Radikalisierung! Die unbewältigte Vergangenheit aber ist in Grunde nichts anderes als die politisch unbewältigte Gegenwart. Und die politische Bewältigung unserer Gegenwart muß endlich ernsthaft in Angriff genommen werden, um die Voraussetzung für eine Stabilisierung der Demokratie zu schaffen und zu verbreiten. Daß diese große Aufgabe, die letztlich das Schicksal unseres Volkes bestimmen wird, nicht von einer einzigen Partei allein gelöst werden kann, haben einsichtige Politiker auch der CDU - darunter in Nordrhein-Westfalen an erster Stelle Innenminister Dufhues - wiederholt betont.

Den Parlamenten der Bundesländer fällt dabei eine führende Rolle zu. Einmal, weil hier die politischen und vor allem menschlichen Beziehungen zwischen den Parteien und ihren Persönlichkeiten besser sind oder besser sein könnten, als es leider in Bonn der Bundeskanzler seit mehr als einem Jahrzehnt praktiziert. Und zum anderen, weil Landesregierung und Landtag für Kultur- und somit für Schulfragen zuständig sind, und weil schließlich die Landesorgane der Parteien, Gewerkschaften und anderer Organisationen in einem engeren Kontakt zur Bevölkerung stehen als ihre Bundeszentralen.

Zur Mitarbeit aber genügt nicht allein der gute Wille der Parteien. Loyal die Voraussetzungen für den gemeinsamen Weg zur politischen Bewältigung der Gegenwart zu schaffen, gehört zu den dringlichsten Aufgaben der Landesregierungen!

"Demokratischer Aufbau"

Minister-Hausbau und politische Moral

mu. Der Hausbau ist die grosse Mode der politischen Prominenz im Norden. Der damalige Sozialminister Asbach vom Gesamtdeutschen Block war immerhin bescheiden, denn er baute sich nur ein Doppelsiedlungshaus bei Eutin, eine Jagdhütte im Kreise Segeberg und ein Sommerhaus in den Voralpen bei Hintergarn. Asbach wurde damals durch Ministerpräsident von Hassel aus seiner Amt geworfen, weil es keine Übereinstimmung in der Wohnungsbaupolitik gab.

Dann kam der Ausschuss des Kieler Landtages in diesem Frühjahr. Er untersuchte unter anderem den Bau eines Wohnblocks, den sich der inzwischen zurückgetretene Landtagspräsident Dr. Böttcher (CDU) in Lübeck bauen liess. Der Ausschuss fand nichts daran auszusetzen, dass Böttcher 18 Wohnungen für Ostzonenflüchtlinge baute, ein öffentliches Darlehen von 162 000 DM in zwölf Tagen eilfertig bewilligt bekam und für das ganze Projekt ein Eigenkapital von 22 500 DM auftrachte.

Nun ist in verschiedenen Zeitungsberichten der Kieler Justizminister Dr. Leverenz von den Freien Demokraten vorgehalten worden, er habe in Schleswig einen Wohnblock für Bundeswehroffiziere gebaut. Das Objekt kostet für die zwölf Wohnungen im ganzen 458 400 DM bei einem Eigengeld von 45 400 DM. Das Bundeswohnungsbauministerium gab 321 000 DM bei vier Prozent Zinsen. Die Regierung erklärte in Kiel, das sei alles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, wie es ja auch der Untersuchungsausschuss bei Böttcher festgestellt hatte.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob Leverenz erst aufgefordert werden musste, 7 400 DM von seinem Eigengeld nachzureichen, um so die vorgeschriebene zehn Prozent-Eigenleistungsgrenze zu erreichen. Es kann aber wohl die kritische Frage gestellt werden, ob es denn richtig ist, dass einem Landesminister bereits während seiner Amtszeit Kapital in Höhe von Zehntausender von DM in Form von "Hauswert" zuwächst, denn schliesslich bezahlen die Mieter ja das Darlehen und der Minister wird Eigentümer.

Bei dem Innenminister Dr. Lemke (CDU) hat die Landesregierung in Kiel erklärt, der Bau der Villa dieses Mannes in Lubeck sei bereits ausgeführt gewesen, bevor dessen Berufung zum Minister in Aussicht stand. Es wurde nicht dementiert, dass Lemke Hypotheken in Höhe von 54 600 DM bei Gesamtbaukosten in Höhe von 56 400 DM bei einem Erbbaurecht für das Grundstück von 99 Jahren in Anspruch nahm. Zusammenfassend möchte man sagen, dass alle diese Bedingungen zwar im Rahmen der Gesetze lagen, aber doch auch sehr günstig und sehr entgegenkommend gewesen sind.

Auch der Kieler Regierungschef von Hassel (CDU) hat gebaut. Er baute sein Wohnhaus in Glücksburg aus und nahm dafür ein Darlehen in Höhe von 12 000 DM für einen Gesamtzinssatz, wie die Regierung versichert, von sieben Prozent in Anspruch. Er bezog dieses Darlehen aber von der Landesbank und Girozentrale, wo er selbst Verwaltungsratsvorsitzender ist. Es ist die Frage, ob es konzig ist, als Mann in dieser Funktion bei der eigenen Bank, die er ja kontrollieren soll, einen Kredit zu nehmen. Die Regierung in Kiel erklärte, dass die Vorzugsbedingungen für Bankangestellte dem Regierungschef "auf dessen ausdrücklichen Wunsch" nicht eingeräumt worden sind. Da ist es doch wohl die Frage, ob denn prominente Leute immer erst wünschen müssen, dass sie nicht bevorzugt behandelt werden.

Auf alle Fälle - die Herren des Kieler Kabinetts haben gern und viel gebaut. Sie sind von den Behörden dabei gut behandelt worden. Gegen die bestehenden Gesetze hat keiner verstossen. Wie es sich mit der politischen Moral verhält, das kann der kleine Wohnungsuchende selbst beurteilen, der noch heute zwischen 4000 und 8000 DM als verlorenen Baukostenzuschuss auf den Tisch legen muss, wenn er aus der Schlange vor dem Wohnungsamt ausscheren will.

+ + +